

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

67 (24.3.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich M. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgebolt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgebolt M. 3.25, durch den Briefträger ins H. u. gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. Restamen 60 Pfg. Solange angelegen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz W. H. für die Unterhaltungsbeilagen, den „Stern“ und „Blätter“: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: Hermann Wagner in Karlsruhe.</p>

Landgerichtspräsident Nibel und Pfarrer Karl.

Von einer nicht unsern Parteikreisen angehörenden Persönlichkeit erhalten wir folgende Ausführungen:

In Freiburg i. Br. hielten Samstag, den 13. März die drei liberalen Parteien eine große Versammlung im Festsaal ab, bei welcher der Parteichef, Landgerichtsdirektor Oskander von Mannheim, eine Rede hielt. In der Diskussion hatte Pfarrer Karl seine Behauptung wiederholt, daß die nationalliberale Partei keinen Schutz für die evangelische Kirche bilden könne, noch wolle und für die evangelische Kirche bilden könne. Da trat ihm der Landgerichtspräsident Nibel von Freiburg entgegen. Er besprach vor allem die Wichtigkeit dieser Behauptung. Zur Verstärkung des Gewichtes seines Widerspruchs stellte er sich als kirchlich gesinnten Nationalliberalen des rechten Flügels dar. Er billigte also als rechts stehender die bisherige Haltung der nationalliberalen Partei auch in der kirchlichen Frage. Von Einsicht der Wahrheit der von zwei bisher nationalliberalen, von einer großen Anzahl von Amtsbrüdern, also Sachverständigen, unterzeichneten Pfarrer erbrochenen Thesen und Äußerungen also keine Spur. Ja, wie weit dieser „Rechtsstehen“ und „kirchlich gesinnte“ liberale Protestant von dem Standpunkt der Herren Wieland und Karl entfernt ist, zeigt in geradezu erschreckender Weise die Schärfe in Form und Sache, mit der Herr Nibel gegen Herrn Pfarrer Karl in dieser Versammlung aufgetreten ist und deren Charakter dadurch nicht im Mindesten geändert wird, daß seine Behauptungen jenen vorurteilsfreien sachlichen Beurteiler als hinwiegend erscheinen mußten. Herr Nibel war, nachdem seinen Karl vor einer 400köpfigen Versammlung von Gegnern seine Äußerung mit anerkennenswerter Mut und Freimut vorgebracht hatte. Er bewanderte den Mangel an Gemüt und Treue, der ihm aus der Schrift entgegen getreten sei als ob nicht Herr Karl und mit ihm eine Reihe von Geistlichen in ganz glaubwürdiger Weise versichert hätten, daß die Gefahr für die evangelische Kirche sie zu ihrem Handeln treibe und als ob nicht diese Kirche mehr, ja sehr viel mehr Anspruch an „Gemüt und Treue“ ihrer Angehörigen habe, als die badische nationalliberale Partei. Diese Waise ja recht häufig selbst gar nicht, was sie will und hat ihrer eigenen Vergangenheit und oft betonen die Gemüthslosigkeit wenig „Gemüt und Treue“ gehalten, daß sie im Oktober 1905 Schulter an Schulter mit den Männern des Umsturzes als Bundesbrüder zur Wahlurne schritt. Diese Gegenseite des Redners stand zu dem Wesen des badischen Nationalliberalismus in derart schroffem Gegensatz, daß sie komisch wirken mußte. Hier von „Gemüt und Treue“ zu reden, klang fast ironisch, denn es enthielt doch eigentlich das Verlangen, seine bessere politische Ueberzeugung zu verlernen um dieser Partei willen; ihr das „Opfer des Intellekts“ zu bringen. Man mußte unwillkürlich an die Art denken, wie die nationalliberale Partei unserem nun in Gott ruhenden Oberpropheten Friedrich „Gemüt und Treue“ bewahrt hat, als sie trotz der vieljährigen, oftmals wiederholten, unermüdeten treugemeinten Warnungen des hohen Herrn vor den Männern des Umsturzes im Oktober 1905 den Wahlzettelbund mit der Sozialdemokratie abschloß und die Zahl der Eige dieser Partei in der zweiten Kammer dadurch auf zwölf erhöht hat! Wo waren denn damals die elegischen Mahnungen des Herrn Nibel? Hatte er nicht so viel „Gemüt und Treue“ für

die Partei, der er mit so großem Eifer angehört, daß er sich entschließen konnte, sie vor jenem unbedeutenden Schritt zu warnen, sie zu detestieren? Herr Nibel machte zur Abschreckung auch in der ihm eigenen dramatischen Weise unter starkem Beifall der Zuhörer aufmerksam auf den „Danke“ des Zentrums, der dem Gewählten dereinst zufallen werde! Als ob dies von irgend welcher Bedeutung wäre. Ein Politiker handelt doch nicht, um der oder jener Partei eine Freude oder ein Dankgefühl zu erregen! Darauf kommt ja gar nichts an. Herr Nibels Rede war ungeschickt und hat seiner Partei und ihm geschadet. Damit hat er wohl dem Zentrum auch eine Art Freude gemacht, denn sie wird ihm und seiner Partei zur rechten Zeit wieder vorgehalten werden. Würde er, wenn er voraus gewußt hätte, daß seine Rede dem Zentrum angenehm sein werde, sie nicht gehalten haben? Antwort: Doch, denn ein verständiger Politiker sagt, was er für Recht hält und fragt nicht darnach, wenn er eine Freude macht. Warum verlangt Herr Nibel hier von Karl etwas anderes, etwas unverständiges? Sein Herz war in dieser Stunde vielleicht zu bewegt. Er sah den Niedergang seiner von ihm mit „Gemüt und Treue“ geliebten nationalliberalen Partei unerbittlich näher kommen. Er füllte, welchen nachhaltigen Eindruck die schlichten Worte des von „Gemüt und Treue“ gegen seine Kirche erfüllten evangelischen Geistlichen auf viele Zuhörer machen konnte.

Dies erregte wohl in ihm eine gewisse Mut, gepaart mit Reue, welche beiden Gefühle in seiner Rede um die Siegespalme zu ringen schienen. Von Reue mit sprechen mehrere Stellen. Er habe geglaubt, ein Pfarrer, der an der Spitze eines charitativen Instituts sitze und ein Vorbild der Liebe und Warmherzigkeit (H) sein solle, dürfe eine solche Schrift nicht schreiben. Pfarrer Karl soll also durch seinen Angriff auf die nationalliberale Partei die „Vornberzigkeit“ verlegt haben.

Wer hätte das noch vor kurzer Zeit für möglich gehalten, daß ein begeisterter und hervorragender Vertreter der nationalliberalen Partei Badens einen solchen Appell an die „Warmherzigkeit“ öffentlich ansprechen möchte? Und dies sogar ohne Widerpruch dieser seiner Partei. Es scheint wahrlich, wo es an Begriffen fehlte, stellte ein klingendes Wort sich ein. Von unüberwindlicher Komik, gar nach diesen verapostrophen Äußerungen, war das Schlußwort Nibels: Herr Pfarrer Karl möge in stillen Nächten darüber nachdenken, ob er seinen alten Parteigenossen gegenüber gut getan habe. Herr Nibel sah in seinem prophetischen Geiste wohl schon deutlich, wie sein Gegner, gereizt von Gewissensbissen, sich schlaflos nächtlich auf seinem Lager wälzte, wie die Jurien sich ihm gegenständig nahden und die Dämonen ihm ins Ohr raunten: „Was hast du getan? Du hast dich gegen die Majestät der nationalliberalen Partei schwer veründigt! Du hast damit eine der schwersten Sünden begangen, die es überhaupt gibt. Du hast nicht aus den edelsten Motiven und hast nachlos gehandelt, du hast die Vornberzigkeit verlegt und kannst nicht mehr Disziplinärpfarrer bleiben u. s. w.“ So etwas muß wohl in Nibels dramatisch erregter Phantasie vorgegangen sein, denn, was er noch weiter leistete, war dem entsprechend.

Er bezichtigte die Schrift Karls als einen wilden, leidenschaftlichen maßlosen Angriff, als ein gillgeschmolzenes Pamphlet, bewanderte den Mangel an Gemüt und Treue, der ihm aus der Schrift entgegen getreten sei. Die „Lahrer Zeitung“ Nr. 64 berichtete

unwiderprochen Herr Nibel habe weiter erklärt: Er habe geglaubt, daß Herr Karl mit gutem Herzen an seiner Aufgabe hänge (H). Die Frage, ob Karl unter jetzigen Umständen seine Aufgabe ausführen könne, wie es seine Pflicht sei, müsse er (Nibel) verneinen! Eine ähnliche Denunziation hat vor kurzem der Mannheimer „Generalanzeiger“ ausgesprochen. Herr Pfarrer Karl hat aber in der „Freiburger Zeitung“ vom 16. März erklärt, daß bis dahin vom Vorstand und Aufsichtsrat ihm kein Austritt in seiner Weise nahe gelegt worden sei.

Es ist in hohem Grade bedauerlich, daß der Präsident des Gerichtshofes hier ein Bild von einseitiger Parteilebenshaft gegeben hat, wie man dies selten im öffentlichen Leben findet und ganz allgemein abzulehnen für nötig hält. Derartige persönliche Angriffe fallen auf den Angreifer zurück, wie Herr Nibel jetzt schon in der Presse bemerken konnte. Die allgemeine Stimme geht dahin, daß ganz besonders nichtig sich auch im politischen Kampfe auf einer gewissen Höhe der Gerechtigkeit und Objektivität halten müssen, sonst zweifelt man einstreitenden Falles leicht an ihrer Unbefangenheit. Gar ein Mann vom Alter und der Stellung des Herrn Nibel, der auch Jahre lang Abgeordneter war und sich selbst einen kirchlich und politisch rechtsstehenden Nationalliberalen nennt!

Im allgemeinen öffentlichen Interesse muß dagegen protestiert werden, daß unsere Wahlkämpfe durch das Vereinzeln persönlicher gehässiger Momente noch mehr vergiftet, und auf ein tieferes Niveau herabgezogen werden, zumal daß es durch den höchsten richterlichen Beamten des Kreises geschieht, der doch eine Art von Vorbild der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit sein soll.

Deutscher Reichstag.

(22. Sitzung.)
Hd. Berlin, 23. März 1909.

Beginn der Sitzung 2 Uhr.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt beim Kapitel Artillerie und Waffenwesen.

Herr Will (Str.) befragt die neuerdings bei den Werkstätten in Straßburg vorgekommenen umfangreichen Arbeiterentlassungen. Es seien davon sogar Leute betroffen, die dort schon bis zu 15 Jahren in Arbeit standen. Dabei bestand nicht einmal Arbeitsmangel, es war nur zu viel in Friedensbetriebe übergeben. Schmer verleiht sich die Werkstättenarbeiter durch das Verbot, in den Werkstätten französisch mit einander zu sprechen. Das sei ein Eingreifen in die bürgerlichen Rechte, wogegen der Kriegsminister einschreiten müsse.

Herr Weder (Köln (Str.)) führt ebenfalls Beschwerde über Arbeiterentlassungen.

Herr W. a. d. E. erklärt, er könne nicht zugeben, daß die Entlassungen so umfangreich seien. Weder es in einem Betriebe wenig zu tun, so müßten allerdings Arbeiter entlassen werden und an einer anderen Stelle Arbeit finden. Herr Will habe zwei Fälle erwähnt, wo Arbeitern der Gebrauch der französischen Sprache verboten worden sei und ihnen durch Verletzung wirtschaftliche Ungleichheit erwachsen. Beide Fälle seien im Besonderen erledigt worden. In beiden Fällen habe aber eine Chitane gegen die Arbeiter nicht vorgelegen.

Herr W. a. d. E. (Soz.) führt Beschwerde über Lohnrücklagen in Siedlung und Straßburg, ferner über Unregelmäßigkeiten in den Straßburger Werkstätten.

Herr W. a. d. E.: Wir sorgen für die Arbeiter, so gut wir können.

Herr Arning (nall.) bespricht sich darüber, daß die

amtlichen Werkstätten in Pippstadt durch Lieferungen von Leberzeug an Offiziere den Handwerker Konkurrenz machen.

Herr Zubeil (Soz.) bespricht die Lage der Pulverarbeiter in Spandau und bringt Beschwerden gegen die Verwaltung vor.

Herr Schwarz (Lippstadt (Str.)) und Herr Schirmer (Str.) besprechen ebenfalls Arbeiterfragen vor leerem Hause.

Herr W. a. d. E. wendet gegen das von den beiden Vorrednern geäußerte Verlangen nach einer Pensionsklasse ein, die Arbeiter würden sich dadurch nicht besser stellen.

Herr Sir (Str.) bespricht die Arbeiterverhältnisse in den bayerischen Gewerkschaften.

Bayerischer Bevollmächtigter Major von Gebjatte I sagt zu, daß nur in den seltensten Fällen Arbeiterentlassungen stattfinden sollen.

Die Resolution auf Errichtung einer Pensionsklasse wird angenommen, die auf Verbilligung des Artillerie-Depotwesens abgelehnt.

Bei den einmaligen Ausgaben hatte die Kommission 4% Millionen Mark für Vermehrung der Reserven an Verpflegungsmitteln geschritten. Auf konventionellen Antrag, den auch das Zentrum zustimmt, wird diese Streichung wieder rückgängig gemacht.

Es folgen einmalige Ausgaben, Erwerbung eines Truppenübungsplatzes für das 14. Armeekorps.

Herr Hug (Str.) spricht für den auf badischem, württembergischen und hohenzollernischen Staatsgebiet liegenden Truppenübungsplatz und ersucht die Militärverwaltung im Auftrag einzelner Wähler vollwertige Entschädigung für das abgetretene Gelände zu gewähren.

Bei dem Titel Entschädigung von Gemeinden, in denen umfangreiche Militärbetriebe bestehen, fragt Herr Dowe (fr. Pa.) wie es mit dem verheißenen Reichsgesetz betreffend Besteuerung der Reichsbetriebe durch Gemeinden stehe.

Unterstaatssekretär Tzwele erwidert, die Finanzverwaltung rechne damit, daß sie im Laufe des kommenden Herbstes die Vorlage an die veränderten Regierungen bringen werde.

Im außerordentlichen Etat, Abschnitt Festungsbau, beantragt Herr Trimborn (Str.), daß der Fiskus sich sträube, die Wertzuwachssteuer und Besitzsteuer an die Gemeinden zu zahlen.

Unterstaatssekretär Tzwele entgegnet, der Reichsfiskus stehe auf dem Standpunkt, daß zu einer solchen Besteuerung des Fiskus seitens der Gemeinden es erst eines Reichsgesetzes bedürfte.

Weitere Debatten von Belang entstehen nicht. Der Militäretat ist damit erledigt.

Morgen 2 Uhr Marinetaf. Schluß 6 1/2 Uhr.

Hd. Berlin, 23. März. In der verstärkten Geschäftsbearbeitungs-Kommission des Reichstages wurden heute die ersten vier Abjäge des Antrages Müller-Meinungen über die sogenannten Keinen Interpellationen angenommen. Dann aber stimmte das Zentrum gegen die Bestimmung über die Befristung der kurzen Anfragen und machte dadurch den ganzen Antrag hinfällig.

Hd. Berlin, 23. März. Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat die Wahl des Abgeordneten von Kapfenst. (son.), gewählt im Wahlkreis 5 Frankfurt a. O. für ungültig erklärt.

Deutschland.

Berlin, 23. März 1909.

Ueber die Bedeutung des Antrags Herold schreibt eine Zentrumskorrespondenz, wenn die Mehrheit des Zentrums eine Nachlaststeuer und Besteuerung der Witwen und Waisen beim Tod des

Kirchliche Nachrichten.

— Bamberg, 22. März. Ernste, sehr ungenügend lautende Nachrichten über das Befinden des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs Dr. v. Albert sind in „Augsb. Postztg.“ aus Wies hier eingetroffen. Die Aufregungen der letzten Tage haben wesentlich dazu beigetragen, den Zustand des kranken Oberhirten neuerdings zu verschlimmern. Nach Eingang der ungenügenden Nachrichten fragte das Ordinariat bei dem Pfarrherrn in Gries an, ob die Entsendung von Missionsbrüdern des Kapitels gewünscht werde. Die Antwort war, daß eine solche vorläufig nicht notwendig sei. Aus einem seinerzeitigen persönlichen Schreiben des Oberhirten geht hervor, daß ihn der Fall Tremel mehr aufgeregt habe, als er glaubte. Das ist nicht zu verwundern, besonders wenn man auch die Schwere der Krankheit berücksichtigt, welche dem hochwürdigsten Herrn Erzbischof anlässlich des Falles Tremel zugegangen sind. Nach einer telegraphischen Mitteilung der „Frk. Ztg.“ vom 23. März hat sich der Zustand des Oberhirten noch mehr verschlimmert. Sein Ableben soll unmittelbar bevorstehen. Der Generalvikar Domkapitular Dr. Wagner und der erzbischöfliche Sekretär Dr. Geier wurden telegraphisch nach Gries berufen. In Oberriemingen. Vom 18. bis 22. März fanden in Oberriemingen Exerzitien für Männer und Junglinge statt, die einen herrlichen Verlauf nahmen. Abgehalten wurden dieselben von dem hochw. Herrn Dominikaner-pater Gregorius M. Bauen, Novizenmeister im Dominikanerkloster in Düsseldorf.

nahme in daselbe ist nur zu begrüßen, es wird sicherlich dem Freunde echter klassischer Musik einen hohen Genüß gewähren. Wie gewaltig zeigt sich der Komposition im Erbaben, in den Arien wie die schön, herrlich, tief ergreifend, gefühl- und würdevoll. Die Chöre sind klaffig, in dieser dramatischen Musik wirkt alles auf Einheit des Ganzen hin, so auch die Instrumentierung. Wie hier die Reiztöne trefflich mit herrlichen Arien durch wiederholte Chöre mit einander verbunden sind, so ist auch die Wirkung durch innere Form des Satzes anziehend gemacht. Wo die Chöre steigen, nimmt auch die Begleitung einen ruhigeren, beglückteren Gang, die Formen sind erhaben, alles vereinigt sich zu einem großen Ganzen von echtem Kunstwert. Man sagt zuweilen, Glück habe den Grazien zu wenig geopfert, daß er oft einseitig werde, die schärferen Gegenstände fehlten, aber man vergißt, daß er dabei wahr und charakteristisch geblieben ist. Immer müssen wir bei solcher Aufführung wieder den Anspruch eines berühmten französischen Kritikers wiederholen, der sagte: „Glück Musik ist antiker Schmers, griechische Träne und jungfräuliche Freude.“ — Die Vorstellung ging vorzüglich vorüber und wir müssen Herrn Hofkapellmeister Lorenz das Zeugnis ausstellen, daß er mit seinem Musikempfinden die Schönheiten der Partitur hervorzuheben lieb, sich als ein Kenner derselben bewährte und dafür sorgte, daß nichts die gehobene Stimmung störte, welche diese Musik hervorrief. Fräulein Brunisch sang die keineswegs leichte Partie des „Orpheus“ und hat mit ihr bewiesen, daß sie etwas Gefühl und Begabung habe. Ihre schöne Altstimme kam zur vollen Geltung, klangen auch einzelne einzelne Töne von der Mittelstufe aufwärts noch etwas gedriekt, wäre

vielleicht da und dort eine etwas schärfere Bronzierung der Empfindung zu wünschen gewesen, so wuchs die Sängerin doch von Akt zu Akt mit ihrer Aufgabe und es ist anzunehmen, daß sie bei fleißiger Weidung zu einer tüchtigen Kraft unserer Bühne sich entwickeln wird. Frau v. Westhoven war eine klaffige „Euridice“, die sehr warm und innig sang. Der „Cros“ des Fräulein Lerch war stimmlich gut und auch sicher, was uns an ihm störte, war eine merkwürdig laute Atempfänger. Am Gesichte der Seligen könnte das Ballet eine kleine Veränderung vorgehen. Das Gerumbieren der Solotänzerin zwischen dem Reigen der Ubrigen, im französischen Stile, hob sich nicht gut ab, das war nicht klaffig, wie das Werk. Wir sagen das auf die Gefahr hin, als „Mörzler“ bezeichnet zu werden, denn wenn die Kritik nicht lobt, wird sie von den Betroffenen als nicht sachmann, als unwissend, nichts verstehend, hochst. bezeichnet, während sie bei einem noch so überhöflichen Lobe, wenn es der Betreffende vielleicht selbst fühlt, daß er es nicht so verdient, „gebildet“, „kunstverständlich“ und „wissenchaftlich“ erfahren genannt wird. Arme Künstler, wie würde es euch ergehen, wenn „Fachsleute“, d. h. in diesem Falle, wenn „Kollegen“ von euch über euch zu Gericht sähen! Tilly Koenen. Der Lieberabend, den die Altistin Tilly Koenen Montag Abend im Museumsaal gab, erreichte die schönste Höhe. Was die Sängerin mit den Schubert'schen, mit den holländischen und Strauß'schen Liedern bot, trug den Stempel echter Gesangeskunst. Der Wohlklang ihrer prächtigen Stimme, die sein zitierte Kleinigkeit und der geschmackvolle, von innigem Mitgefühl diktierte Vortrag erwarben ihr den animiersten Beifall. Die gefeierte Künstlerin mußte, dem Drängen

des Publikums folgend, wieder von Hugo Wolf „Er litz“, ein „Frisches Wiegenlied“ und „Wenn du wüßtest“ von Strauß dringeben.

von Stecken.

□ Sechstes Abonnementskonzert des Großh. Hoftheaters. Wir weisen an dieser Stelle nochmals darauf hin, daß das letzte Abonnementskonzert des Hoforchesters in der diesjährigen Spielzeit am Mittwoch, den 24. März, abends 7 Uhr, im Hoftheater stattfindet. Bezüglich des gediegenen, hochinteressanten Programms verweisen wir auf den Inhalt der Programmblätter, die an der Hoftheaterkasse erhältlich sind. Die öffentliche Hauptprobe begann vormittags halb 11 Uhr.

□ Eben Scholander-Liederabend. Eben Scholander, der berühmte schwedische Lautensänger ist ein durchaus eigenartiger, aber wahrhaft großer Meister der Vortragskunst, der — eine phänomenale Erscheinung — ohne Stimme zu besingen anprechend zu singen versteht. Seine Vorträge sind von köstlicher Frische und von kaum glaublicher Wirkung. So schreibt z. B. die Berliner „Tägliche Rundschau“: „Eben Scholander ist ein Meister der Mimik und ein Meister sinnlicher Charakterisierung. Er ahmt Alt und Jung nach, Männlein und Weiblein, verliert gierende und verärgert polternde Menschenfinder, er trifft den Ton des Goldaten und Tambourmajors so sicher wie den der allerliebsten Vimmerverführerin oder eines zärtlichen Hochzeitspaars. Und immer bleibt er dezent, immer seine Wirkungen auf das sorgfältigste abzuwägend, und immer wieder besticht er durch eine angeborene, selbstverständliche Grazie, die sich mit Frohsinn und Ueberlegenheit paart.“ Der hiesige Liederabend findet am Montag, den 29. März, im Museumsaal statt. Anfang 8 Uhr abends.

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 24. März 1909.

— Großh. Hoftheater. Montag hatten wir in neuer Weidung Gluck's „Orpheus“ und Euridice“, nachdem das Werk lange Zeit aus dem Repertoire verbannt war. Seine Wiederauf-

Waters ablehne, so sei die Zentrumsfraktion andererseits einmütig der Ansicht, daß die Finanzreform nur unter der Art und unter der Bedingung zustande kommen darf, daß neben dem Verbrauch in angemessener Maße auch der Besitz zur Tragung der Mehrkosten des Reiches herangezogen wird. Der Antrag Herold bedeutete in erster Linie die Dokumentierung dieses Willens der Zentrumsfraktion. Nach der Beilegung der Nachlasssteuer lag die Gefahr nahe, daß mit ihr auch die ganze Absicht einer nachdrücklichen finanziellen Heranziehung des Besitzes ins Wasser fiel. Es war darum notwendig, ungeachtet der entstandenen Mühe auszuführen. Verschiedene Wege waren an sich zu diesem Ziele möglich. Der erste Weg, die Einführung einer direkten Reichseinkommen- oder Vermögenssteuer war aus verschiedenen Gründen für das Zentrum ungangbar; auch wäre ein Vorstoß nach dieser Richtung bei der unbedingten ablehnenden Haltung der verbündeten Regierungen von vorne herein verlorene Liebesmüh gewesen. Als weitere Möglichkeiten, die Steuerkraft des Besitzes für das Reich nutzbar zu machen, kamen in Betracht die Heranziehung des Besitzes durch die Vermittelung der Finanzgewalt der Einzelstaaten, die über die Heranziehung des Besitzes zu erben und an die Reichskasse abzuführen hätten, und der andere Weg, den Besitz durch indirekte Reichsteuern zu erfassen. In der Presse aller politischen Richtungen sind verschiedentlich Projekte einer Erhöhung des Besitzes durch indirekte Steuern erörtert worden; wir erinnern an die Vorschläge einer Reichsdividendensteuer, eines Einkommenssteuereinzugs, einer Reichs-erwerbsteuer u. dgl. Das Zentrum hat in der Kommission den ersten Weg gewählt. Dieser empfahl sich einmal dadurch, daß er an die bestehenden finanzpolitischen Verhältnisse anknüpfte, dann aber vor allem durch die Erwägung, daß er für die Einzelstaaten eine dringliche Veranlassung werden sollte, der Frage der Heranziehung des Besitzes bei der gegenwärtigen Reichsfinanzreform auch ferner Aufmerksamkeit und Mitarbeit zu widmen. Wollen die Einzelstaaten die Kosten, die der Antrag Herold ihnen in Aussicht stellt und die gewiß als äußerst empfindlich für eine ganze Reihe derselben anzusehen sind, abzuwehren, so müssen sie ihrerseits mit positiven Vorschlägen heranzutreten, die sie nach dem Anscheinen der Nachlasssteuer eine unmittelbare Aufbarmachung der Steuerkraft des Besitzes für das Reich durchzuführen gedenken, und es liegt ihnen weiter die Aufgabe ob, eine Verständigung über ihre Vorschläge mit dem Reichstage zu erzielen. Der Möglichkeit der Heranziehung des Besitzes durch indirekte Reichsteuern zu treffen, gibt es eine ganze Anzahl, und es dürfte voraussichtlich den verbündeten Regierungen auch nicht schwer fallen, für den einen oder anderen der bezeichneten Steuerentwürfe eine Mehrheit im Reichstage zu gewinnen. Der Antrag Herold will also keineswegs die abschließende Antwort, die definitive Lösung der Besitzbesteuerungsfrage geben. Seine Bedeutung ist vielmehr in Folgendem zu finden. Für den Fall, daß die Heranziehung des Besitzes auf anderem Wege nicht gelingt, will er die Garantie schaffen, daß tatsächlich der Besitz zur Tragung der Kosten der Reichsfinanzreform herangezogen wird. Bisher ist keine Aufgabe, die die Notwendigkeit der Besteuerung des Besitzes den gesamten Reichstag über die Finanzreform gleichfalls als Leitfaden voranzustellen. Gelingt es, eine andere geeignete und zweckmäßige Form der Besitzbesteuerung mit unmittelbarer Wirkung für das Reich zu finden, so hat das Zentrum nicht die geringste Veranlassung, an dem Gedanken des Antrags Herold festzuhalten. Die Einzelstaaten haben es selber in der Hand, die ihnen inbezug auf die Besteuerung von sich fernzuhalten.

Flottenabrüstung betr. gab Staatssekretär Freiherr von Schön folgende Erklärung ab: „Die englische Regierung gab zwar die Bereitwilligkeit zu einer deutsch-englischen Verständigung über den Umfang und die Kosten des deutschen Flottenprogramms in allgemeiner Weise zu erkennen, stellte aber keine dahingehende formellen Anträge. In den unverbindlichen Gesprächen über diese Frage, die zwischen den nachgehenden deutschen und englischen Persönlichkeiten stattfanden, ist niemals ein englischer Vorschlag hervorgetreten, der nach unserer Auffassung als Basis für amtliche Verhandlungen hätte dienen können. Im Verkehr zwischen den beteiligten Regierungen pflegt man es zu vermeiden, formelle Anträge zu stellen, deren Berücksichtigung zweifelhaft erscheint. Die englische Regierung hat es wohl aus diesem Grunde unterlassen, einen formellen Antrag an uns zu richten und wir haben deshalb auch keine Stellung zu einem solchen Antrag nehmen können. Die Gründe für unsere abwartende Haltung zu dem Gedanken allgemeiner Einschränkung der Rüstungen zur See sind am 10. Dezember vom Reichskanzler dem Reichstage dargelegt worden. Sie gelten selbstverständlich auch für etwaige Abmachungen unter einzelnen Mächten. Unser geistlich festgelegtes Flottenprogramm ist aus schließlich nach unserem Schutzbefürfnis bemessen und stellt keine Bedrohung irgend einer Nation dar, wie es schon wiederholt von uns betont worden ist.“

Die „Frankf. Zeitung“ berichtet dann noch weiter über die Debatte. Ein Vertreter des Zentrums wies auf die Unklarheiten hin, welche zwischen den Erklärungen des Staatssekretärs von Trippl und den heutigen des Staatssekretärs von Schön beständen. Die Messors sollten mehr Hand in Hand mit einander arbeiten. Der Redner bemängelte die ungenügende formale Behandlung der so wichtigen Abrüstungsfrage und sprach einer Verständigung mit England das Wort. Er erklärte aber ausdrücklich, daß niemand seiner Partei in diesem Augenblick an eine Abänderung unserer Flottenpläne denke. Der Redner der Sozialdemokratie machte der Regierung den Vorwurf, daß sie die von England hingestreckte Hand nicht ergreifen habe. Deutschlands Verhalten sei zweideutig und schade unserem Ansehen im Ausland. Dem wurde von konservativer und freikonservativer Seite auf das entschiedenste widersprochen. Es wurde festgestellt, daß die überwiegende Mehrheit des Reichstages unbedingt an dem gegenwärtigen Flottenprogramm festhalte. Ein nationalliberaler Redner drückte dem Reichskanzler nach seiner heutigen Erklärung das vollste Vertrauen aus. Unter keinen Umständen dürfe gegenwärtig an eine Abschaffung oder Abänderung des bestehenden Flottenprogramms gegangen werden. Trotzdem habe kein anderer Staat, vor allen Dingen England, auch nur die geringste Veranlassung, in Deutschlands Freie-

denliebe irgendwelchen Zweifel zu setzen. Ein Zentrumsredner wünschte eine Erklärung darüber, ob die Verhandlungen zwischen verantwortlichen Persönlichkeiten stattgefunden hätten und welches der Inhalt dieser unverbindlichen Gespräche sei. Eine Verständigung mit England sei auch unter Aufrechterhaltung des bestehenden Flottenprogramms durchaus möglich. Ein Vertreter der deutschen Volkspartei sprach sich ebenfalls gegen eine Abänderung des Flottenprogramms aus. Auch die in England behauptete Beschleunigung des Ausbaus habe sich bereits als unrichtig erwiesen. Die Ausführungen des Staatssekretärs hätten aber nicht voll befriedigt. Der Staatssekretär des Auswärtigen machte darauf noch eine kurze vertrauliche Mitteilung und gab dann der Freude darüber Ausdruck, daß die gesamte Kommission die Hoffnung ausgesprochen habe, daß die deutsch-englischen Beziehungen unbeeinträchtigt durch gegenseitige Erregungen über den Flottenausbau in Deutschland nicht gemacht worden sind und nach Lage der Dinge auch nicht gemacht werden können. In der letzten Frage lassen sich in Wien nicht gut andere diplomatische Schritte tun, als von Österreich-Ungarn selbst gewünscht werden. Sonst würde aus dem österreichisch-serbischen Streit leicht ein Zerwürfnis zwischen den Großmächten. Den besaenen Grundgedanken, bei einer diplomatischen Intervention zur Sicherung des Friedens nichts ohne Wien zu unternehmen, haben jetzt alle Großmächte gutgeheißen. Auch bei der letzten russischen Note lag der Fortschritt in der ausdrücklichen Erklärung, Rußland sei bereit, mit Österreich-Ungarn und den anderen Mächten eine Verständigung zu suchen, also nicht mit anderen Mächten ohne oder gegen Österreich-Ungarn. Da es keine Großmacht und auch keine Gruppe von Mächten gibt, die sich für Serbien gegen Österreich-Ungarn und eintrübenden Falles auch gegen Deutschland schlagen will, so müßte sich doch zur Beilegung der Kriegsgefahr ein europäisches Einvernehmen herstellen lassen. Dazu wäre es möglich, daß die Erklärung an Österreich-Ungarn, die die Mächte von Serbien verlangen, in Zustimmung mit dem Wiener Kabinett vereinbart und von diesem im voraus als hinreichend anerkannt würde. Zwischen Wien und Paris sind die Fäden für eine solche Verständigung niemals abgerissen, zwischen Wien und London neuerdings wieder angeknüpft worden. Italien ist für das serbische Problem seinen Dreibündnisgenossen näher getreten. Nimmt auch Rußland entschlossene Stellung bei den übrigen Großmächten, so wird man von der Eingetretene Europas gegenüber dem Verlust einer Friedenssicherung reden dürfen. Dann erst kann bei entgeltlichen Einlenken Serbiens die Kriegsgefahr als beschworen gelten.

Die englische Vermittlungsdaktion gescheitert.
Hd. Wien, 24. März. Die Situation wird an leitender diplomatischer Stelle wiederum sehr pessimistisch beurteilt. Auch der englische Vermittlungsvorschlag, der Rußland eine diplomatische Niederlage ersparen sollte, könnte als gescheitert angesehen werden. In Wien erwartet man, daß der Schritt des Grafen Gortchak Ende dieser Woche erfolgt und Serbien eine ganz kurze Frist zu einer Antwort eingeräumt werden wird, die, wenn sie Österreich befriedigen soll, den unbedingten fernen Verzicht auf alle Ansprüche ausdrücken muß. Serbien aber wird wieder drei Bataillone Truppen in Kriegsbereitschaft von Wien abgehen.

Hd. Paris, 24. März. Vorkämpfer Rheinhüller teilte vorgestern Pichon mit, Nebrantel betrachte die von Gortchak verfasste, von Frankreich, England und Rußland in Belgrad empfangene Antwort für unbefriedigend. Österreich fordere die unbedingte Anerkennung des Verzichts auf Gebietsentwässerungs-Ansprüche Serbiens und Serbiens Abkehr ohne Gegenleistung, da Österreich erst auf Serbiens Heranzugewandtheit hin gerichtet hat. Auf Grund dieser Mitteilung Rheinhüllers finden zwischen den drei Mächten neue Verhandlungen statt.

Hd. Wien, 24. März. Die englische Vermittlung gilt als gescheitert. Der erste englische Vorschlag, der am Sonntag überreicht wurde, wurde von Österreich als ungenügend, von Rußland als zu weitgehend befunden. Der zweite Vorschlag wurde gestern hier rauhweg abgelehnt. Beide Vorschläge enthalten nur Worte, mit denen höchstens für den Augenblick die Situation gerettet werden wäre. Hier glaubt niemand mehr daran, daß der Friede erhalten werden kann und spätestens in nächster Woche werden andere Mittel die Streit zur Entscheidung bringen.

Baden.
Karlsruhe, 24. März 1909.
Mit Entschiedenheit des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurde Regierungsdirektor Albert Wolfart bei der Generaldirektion der Staatsbahnen zur Betriebsverhältnisse in Basel und Regierungsdirektor Friedrich Scher bei der gleichen Behörde zur Betriebsverhältnisse in St. Gallen verlegt.

Die „Bad. Landeszeitung“ und die Wahrheit.
„Die „Bad. Landeszeitung“ macht in letzter Zeit die possierlichsten Clowndinge. In Nr. 127 z. B. schrieb sie, man erfahre über Untergrombach aus dem „Bad. Beob.“, daß das Zentrum bei der Reichsfinanzreform und zwar durch eine Beigänger mitwirken wolle. Guten Morgen, verehrte Kollege! Sie haben anforderndes Wort und seit geistlichen, wenn Sie das erst über Untergrombach und erst am 18. März aus dem „Bad. Beob.“ erfahren haben. Es wäre uns indes lieber, wenn die „Bad. Landeszeitung“ die Zipselmütze nicht gar zu tief über die Augen ziehen und offenen Auges in die Welt schauen würde. Dann hätte sie schon längst gewußt, daß das Zentrum seine Mitarbeiter nie verlegt und sogar einen diskutierbaren Ausweg vorschlug, als der Wolf wie der Dohs am Berg stand. Dann hätte sie auch gewußt, daß es sehr viele nationalliberale Abgeordnete gibt, welche wie die Mehrheit des Zentrums von einer Nachlasssteuer nichts wissen wollen. Daß sie in diesem schlafähnlichen Zustand auch Gespenster sieht, bewies sie in derselben Nummer dadurch, daß sie schrieb, früher habe der „Bad. Beob.“ nicht so viel über Trennung von Staat und Kirche geschrieben, weil der Allgegenwärtige von Bähringen bekanntlich, wie noch viele Zentrumskräfte, gar kein großer Feind der Trennung war.“ Das politische Wissen und die politische Kombinationsgabe der „Bad. Landeszeitung“ sind erstaunlich. Wader „bekanntlich“ früher für Trennung von Staat und Kirche! Da wir gestehen müssen, daß in bezug

Der österreichisch-serbische Konflikt.
Die serbischen Blätter rufen fortgesetzt das Volk zum Kriege gegen Österreich auf. Sie richten heftige Angriffe auch gegen die Signalarmede und betonen, daß, wenn die europäische Diplomatie schon die Dabiger Österreichs nicht abwehren könne, sie doch die Aktion Serbiens nicht hindern solle; von den gestellten Forderungen dürfe man keinen Preis abgehen lassen. Der Weg zum Meer sei eine Lebensbedingung für Serbien. Auch müßten die Bewohner Bosniens und der Herzegovina vor der österreichischen heimatlichen Justiz geschützt werden. Alle Serben müssen für ihren Bestand kämpfen.

An der Wiener Börse für landwirtschaftliche Produkte wurde heute folgende offizielle Mitteilung des landesfürstlichen Kommissars verlautbart: Es ist kein Grund vorhanden, die Situation enger an aufzufassen als vorige Woche, denn die Beziehungen der Mächte gegen Serbien, Serbien zum Einlenken zu veranlassen.

Der konstantinopeler Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ erklärt auf Grund von Mitteilungen an maßgebender Stelle, daß die serbische Krise Anfang April auf irgend welche Weise entschieden sein wird. Würde bis dahin eine Intervention der Mächte erfolglos bleiben, dann erfolgt eventuell ohne jedes Ultimatum, doch unter dem gleichzeitigen Ausdruck des Bedauerns an die Mächte, daß die diplomatischen Mittel erschöpft seien, der Einmarsch der österreichischen Truppen in Serbien.

Eine Wiener Korrespondenz meldet aus Belgrad: Am 22. ds. berief König Peter den Kronprinzen zu sich und hatte mit ihm eine zweifelhafte Konferenz. Es erliefte aus der Umgebung des Königs, daß dieser dem Kronprinzen sehr scharfe Vorstellungen wegen seines provokativen Auftretens gemacht habe. Die Unterredung zwischen dem König und dem Kronprinzen endete mit einem sehr scharfen Konflikt. Kronprinz Georg erklärte: „Ich teile die Ansicht des gesamten serbischen Volkes und trete für dasselbe ein, weil ich sein zukünftiger König bin.“

Die Intervention der Mächte.
Der „Südb. Reichskorresp.“ wird von Berlin offiziös geschrieben: In die deutsche Presse ist eine Darstellung gebracht worden, wonach Rußland in Berlin vorgeschlagen haben soll, Deutschland möge in Wien dahin wirken, daß Österreich-Ungarn auf die Forderung der Abrüstung Serbiens verzichte; diese russischen Vorschläge hätten aber in Berlin kein Gehör gefunden. — Es scheint doch möglich, darauf hinzuweisen, daß solche Anregungen bei Deutschland nicht gemacht worden sind und nach Lage der Dinge auch nicht gemacht werden können. In der letzten Frage lassen sich in Wien nicht gut andere diplomatische Schritte tun, als von Österreich-Ungarn selbst gewünscht werden. Sonst würde aus dem österreichisch-serbischen Streit leicht ein Zerwürfnis zwischen den Großmächten. Den besaenen Grundgedanken, bei einer diplomatischen Intervention zur Sicherung des Friedens nichts ohne Wien zu unternehmen, haben jetzt alle Großmächte gutgeheißen. Auch bei der letzten russischen Note lag der Fortschritt in der ausdrücklichen Erklärung, Rußland sei bereit, mit Österreich-Ungarn und den anderen Mächten eine Verständigung zu suchen, also nicht mit anderen Mächten ohne oder gegen Österreich-Ungarn. Da es keine Großmacht und auch keine Gruppe von Mächten gibt, die sich für Serbien gegen Österreich-Ungarn und eintrübenden Falles auch gegen Deutschland schlagen will, so müßte sich doch zur Beilegung der Kriegsgefahr ein europäisches Einvernehmen herstellen lassen. Dazu wäre es möglich, daß die Erklärung an Österreich-Ungarn, die die Mächte von Serbien verlangen, in Zustimmung mit dem Wiener Kabinett vereinbart und von diesem im voraus als hinreichend anerkannt würde. Zwischen Wien und Paris sind die Fäden für eine solche Verständigung niemals abgerissen, zwischen Wien und London neuerdings wieder angeknüpft worden. Italien ist für das serbische Problem seinen Dreibündnisgenossen näher getreten. Nimmt auch Rußland entschlossene Stellung bei den übrigen Großmächten, so wird man von der Eingetretene Europas gegenüber dem Verlust einer Friedenssicherung reden dürfen. Dann erst kann bei entgeltlichen Einlenken Serbiens die Kriegsgefahr als beschworen gelten.

Die englische Vermittlungsdaktion gescheitert.
Hd. Wien, 24. März. Die Situation wird an leitender diplomatischer Stelle wiederum sehr pessimistisch beurteilt. Auch der englische Vermittlungsvorschlag, der Rußland eine diplomatische Niederlage ersparen sollte, könnte als gescheitert angesehen werden. In Wien erwartet man, daß der Schritt des Grafen Gortchak Ende dieser Woche erfolgt und Serbien eine ganz kurze Frist zu einer Antwort eingeräumt werden wird, die, wenn sie Österreich befriedigen soll, den unbedingten fernen Verzicht auf alle Ansprüche ausdrücken muß. Serbien aber wird wieder drei Bataillone Truppen in Kriegsbereitschaft von Wien abgehen.

Hd. Paris, 24. März. Vorkämpfer Rheinhüller teilte vorgestern Pichon mit, Nebrantel betrachte die von Gortchak verfasste, von Frankreich, England und Rußland in Belgrad empfangene Antwort für unbefriedigend. Österreich fordere die unbedingte Anerkennung des Verzichts auf Gebietsentwässerungs-Ansprüche Serbiens und Serbiens Abkehr ohne Gegenleistung, da Österreich erst auf Serbiens Heranzugewandtheit hin gerichtet hat. Auf Grund dieser Mitteilung Rheinhüllers finden zwischen den drei Mächten neue Verhandlungen statt.

Hd. Wien, 24. März. Die englische Vermittlung gilt als gescheitert. Der erste englische Vorschlag, der am Sonntag überreicht wurde, wurde von Österreich als ungenügend, von Rußland als zu weitgehend befunden. Der zweite Vorschlag wurde gestern hier rauhweg abgelehnt. Beide Vorschläge enthalten nur Worte, mit denen höchstens für den Augenblick die Situation gerettet werden wäre. Hier glaubt niemand mehr daran, daß der Friede erhalten werden kann und spätestens in nächster Woche werden andere Mittel die Streit zur Entscheidung bringen.

Baden.
Karlsruhe, 24. März 1909.
Mit Entschiedenheit des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurde Regierungsdirektor Albert Wolfart bei der Generaldirektion der Staatsbahnen zur Betriebsverhältnisse in Basel und Regierungsdirektor Friedrich Scher bei der gleichen Behörde zur Betriebsverhältnisse in St. Gallen verlegt.

Die „Bad. Landeszeitung“ und die Wahrheit.
„Die „Bad. Landeszeitung“ macht in letzter Zeit die possierlichsten Clowndinge. In Nr. 127 z. B. schrieb sie, man erfahre über Untergrombach aus dem „Bad. Beob.“, daß das Zentrum bei der Reichsfinanzreform und zwar durch eine Beigänger mitwirken wolle. Guten Morgen, verehrte Kollege! Sie haben anforderndes Wort und seit geistlichen, wenn Sie das erst über Untergrombach und erst am 18. März aus dem „Bad. Beob.“ erfahren haben. Es wäre uns indes lieber, wenn die „Bad. Landeszeitung“ die Zipselmütze nicht gar zu tief über die Augen ziehen und offenen Auges in die Welt schauen würde. Dann hätte sie schon längst gewußt, daß das Zentrum seine Mitarbeiter nie verlegt und sogar einen diskutierbaren Ausweg vorschlug, als der Wolf wie der Dohs am Berg stand. Dann hätte sie auch gewußt, daß es sehr viele nationalliberale Abgeordnete gibt, welche wie die Mehrheit des Zentrums von einer Nachlasssteuer nichts wissen wollen. Daß sie in diesem schlafähnlichen Zustand auch Gespenster sieht, bewies sie in derselben Nummer dadurch, daß sie schrieb, früher habe der „Bad. Beob.“ nicht so viel über Trennung von Staat und Kirche geschrieben, weil der Allgegenwärtige von Bähringen bekanntlich, wie noch viele Zentrumskräfte, gar kein großer Feind der Trennung war.“ Das politische Wissen und die politische Kombinationsgabe der „Bad. Landeszeitung“ sind erstaunlich. Wader „bekanntlich“ früher für Trennung von Staat und Kirche! Da wir gestehen müssen, daß in bezug

Der österreichisch-serbische Konflikt.
Die serbischen Blätter rufen fortgesetzt das Volk zum Kriege gegen Österreich auf. Sie richten heftige Angriffe auch gegen die Signalarmede und betonen, daß, wenn die europäische Diplomatie schon die Dabiger Österreichs nicht abwehren könne, sie doch die Aktion Serbiens nicht hindern solle; von den gestellten Forderungen dürfe man keinen Preis abgehen lassen. Der Weg zum Meer sei eine Lebensbedingung für Serbien. Auch müßten die Bewohner Bosniens und der Herzegovina vor der österreichischen heimatlichen Justiz geschützt werden. Alle Serben müssen für ihren Bestand kämpfen.

An der Wiener Börse für landwirtschaftliche Produkte wurde heute folgende offizielle Mitteilung des landesfürstlichen Kommissars verlautbart: Es ist kein Grund vorhanden, die Situation enger an aufzufassen als vorige Woche, denn die Beziehungen der Mächte gegen Serbien, Serbien zum Einlenken zu veranlassen.

Der konstantinopeler Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ erklärt auf Grund von Mitteilungen an maßgebender Stelle, daß die serbische Krise Anfang April auf irgend welche Weise entschieden sein wird. Würde bis dahin eine Intervention der Mächte erfolglos bleiben, dann erfolgt eventuell ohne jedes Ultimatum, doch unter dem gleichzeitigen Ausdruck des Bedauerns an die Mächte, daß die diplomatischen Mittel erschöpft seien, der Einmarsch der österreichischen Truppen in Serbien.

auf die Freundschaft Waders für Staat und Kirche auf der Redaktion des „Bad. Beob.“ und ebenso im Zentrum überhaupt eine ganz krasse Ignoranz besteht, dürfen wir vielleicht die wissende „Bad. Landeszeitung“ um nähere Aufklärung erfragen. Dabei möge sie uns allerdings damit versehen, daß Wader sich etwa so ausgesprochen habe, daß die Trennung der beiden Gewalten einem fortwährenden Kulturkampf vorzuziehen sei; denn das wäre kein Beweis für das, was sie behauptet. Also heraus mit eurem Niederwisch!

In Nr. 136 schreibt die „Bad. Landeszeitg.“, Johann ein Artikelchen über Zentrum und Sozialdemokratie. Statt der Zipselmütze hat sie dabei offenbar die Schellenkappe auf. Wader hat nämlich in seiner Schellenkappe Rede seine eigene und des Zentrums Stellung zur Sozialdemokratie als die grundrührigste Gegenrichtung gekennzeichnet, die trotz aller nationalliberalen Klagen und Verleumdungen auch dann zum Ausdruck kam, wenn die Umstände und Verhältnisse ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie nahegelegt hätten. Dabei führte er aus, wie auch jetzt wieder die äusseren Umstände ein Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie als sehr ansichtsreich erscheinen lassen würden. Er äußerte diesen Gedanken aber nur, um hinzuweisen: „Ich brauche nicht weiter zu erörtern, denn der Fall kommt ja nicht vor.“ Wader hat noch weiter hinzugesagt:

Wir sind es nicht, die etwaige Entschlüsse zu fassen haben. Es liegt aber nicht sehr weit zurück, daß man gewisse Herrschaften bei sehr leichten Abänderungsversuchen betreffen hat. Und in dem Kampf, den ich seit vielen Jahren in der Presse, in Versammlungen und im Parlament wider die nationalliberale Gegenrichtung geführt habe, hat die Zurückweisung und Widerlegung offener Rede einen recht großen Erfolg erzielt. Unwahrscheinlich und Unwahrscheinlichkeit wird vielfach in ganz unheimlicher Weise gegen uns vom Zentrum geleugnet.“

Was macht nun die „Bad. Landeszeitung“ aus dieser ganz energielosen Abgabe an die Sozialdemokratie für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft? Man lese und lausche. Sie schreibt:

„Sehr entrüstet gebietet sich die Parteipresse über eine von Seiten des nationalliberalen Parteibüros gefasste Beschlüsse, daß der Sozialdemokratie eine gewisse Vergünstigung und Zukunft habe. Wie recht die Beschlüsse sind, das geht aus den Aussagen von Waders selbst hervor, mit denen dieser in Konkurrenz zu bestehen gab, wie wenig das Zentrum von sich aus gegen einen Part mit der Sozialdemokratie einzuwenden hätte.“

Dann führt sie eine Stelle aus Waders Rede an, die übrigens am Schluß ebenfalls das Gegenteil von dem sagt, was die „Bad. Landeszeitung“ glauben machen will, und schreibt dann:

„Man soll es nicht als etwas Erstaunliches, wenn Zentrum und Sozialdemokratie in Baden dem in Arm zur Wahrung dienen. Der Wader könnte ja entsehe des Herrn Trenke dem „Noten Wader“ die Hoheitsfaktel anhängen.“

Eine ähnliche Kopiestellung in bezug auf Wahrheithaftigkeit ist uns noch selten vorgekommen. Die „Bad. Landeszeitung“ bringt es demnach fertig, Wader direkt das Gegenteil von dem zu sagen zu lassen, was er wirklich gesagt hat. Wader hat übrigens dieser Gegenrichtung bereits das richtige Wort gegeben in Konstantinopel selbst, indem er aus gleichem Anlaß sagte: „Einen solchen Gegner kann man wahrlich nur erwidern: Wo fehlt's dem Mann? Ist er wirklich so dumm? oder ist es lautere Bosheit?“

Zur Vervollständigung des Stimmungsbildes sei noch hinzugesagt, daß die „Bad. Landeszeitg.“ in derselben Nummer von der „unmöglichen Art des Kampfes der Zentrumspreise“ gegen den herrlichen Hrn. Silber und speziell davon spricht, daß der „Bad. Beob.“ ohne Grund den Hrn. Reimann verdächtigt habe. Da kann man nur rufen: Poiss! Polakol wie im Kaspertheater.

Der Volkstempel hat anhaltend Anklage.
In seiner Nummer vom 23. März rumpelt uns der Volkstempel an und behauptet, der Bad. Beobachter habe seinen Lesern noch nichts von dem Fahrenhitzbrief des Bischofs Benzler über die gemischten Ehen mitgeteilt, wie der Beob. überhaupt regelmäßig die Sprache verliere, wenn ihm solche Dinge entgegengehalten würden. Der Volkstempel möge uns mit solchen Anklagen versehen. Er bringt nicht uns, sondern bios sich in Verlegenheit. Auch hier blamiert er sich wieder. Wie unsere Leser wissen, haben wir schon am 12. März in Nr. 58 1. Blatt sogar ganz ausführlich in einem Beitrage von Weg besprochen. Der Volkstempel schwätzt also wieder einmal recht ungeschickt.

Er ist überhaupt in allen religiösen Dingen tappig. Auch hier wieder. Er will nämlich die Nationalliberalen in ihrer konfessionellen Verheißung von Katholiken und Protestanten unterstützen und hebt deshalb darauf ab, daß die Katholiken die religiöse Überzeugung der Protestanten in bezug auf manche Lehren für irrig und falsch halten, wie das ja bekanntlich auch umgekehrt der Fall ist. Und dann kommt er und sagt in tiefer fittlicher Entrüstung natürlich: er und die wollen zusammen kämpfen! „Über Jodels, — sagte einst der Lehrer zum Schüler — sag einmal: stellst du dich nur so, oder bist du wirklich so dumm?“ Das gilt auch für den Volkstempel, dem wir übrigens gestern schon auf diese Spähschen aus dem Lager der konfessionellen Partei geantwortet haben. Und im übrigen weiß jedermann, daß die Sozialdemokratie trotz Dresden und Rürnberg, trotz größter Meinungsverschiedenheit im eigenen Lager, immer wieder eine Wutwut ist bei allen Wahlen.

Kleine badische Chronik.
Mannheim, 23. März. Ein hübscher Ehepaar erkrankte sich heute mittag zwischen 12 und 3 auf offener Straße. Der Schuhmachermeister Wilhelm Lechner hatte sich heute vormittag mit seiner Frau vor dem Schloßpark gerichtet wegen eines hässlichen Streites zu verantworten. Beide wurden zu je 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Beim Verlassen des Gerichtsankers brach die Frau ihrem Mann, daß sie ihn erdicken werde. Tatsächlich erdickte sie auch nachmittags in der Wohnung des Lechner mit dem Revolver in der Hand. Dem Mann gelang es, die Nachschändelnde auf die Straße zu drängen, wo sie drei Schüsse abfeuerte. Zwei trafen, einer in den Kopf, einer in die Schulter. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. Begleitet von einer großen Menschenmenge begab sich die Frau zur nächsten Polizeiwache, um sich selbst zu stellen. Der Mann fand Aufnahme im Spital.

